

Antrag

der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Allianz für eine starke EU-Kohäsionspolitik

1. Der Landtag stellt fest:

Die Europäische Union ist der Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Die EU-Kohäsionspolitik ist die wichtigste europäische Investitionspolitik zur Verwirklichung des im EU-Vertrag festgeschriebenen Ziels des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts. Durch ihren Beitrag zu diesem Ziel hat die Kohäsionspolitik einen deutlichen Mehrwert, da sie der Schaffung von Arbeitsplätzen, nachhaltigem Wachstum und moderner Infrastruktur, der Überwindung struktureller Hemmnisse, der Förderung von Aus- und Weiterbildung, der Förderung von „Stadt-Land-Partnerschaften“ zur Stärkung der ländlichen Räume, sowie der Verbesserung der Lebensqualität dient. Darüber hinaus ermöglicht sie eine Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten und Kommunen aus verschiedenen Mitgliedstaaten sowie die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, Bildungseinrichtungen und Sozialpartnern auf regionaler Ebene. Auch bei der Bekämpfung von Europaskeptizismus ist die Kohäsionspolitik von großer Bedeutung.

Derzeit wird in etwa ein Drittel des Haushalts der Europäischen Union für die Kohäsionspolitik aufgewendet (rund 34 Prozent des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014 bis 2020). Die Kohäsionspolitik ist die vergemeinschaftete Investitionspolitik, die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds (KF) erhält. Hinzu kommt der Europäische Fonds für ländliche Entwicklung (ELER), der gemeinsam mit EFRE und ESF zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) zählt.

Um ein Zeichen zur Beibehaltung und Stärkung dieses Politikbereichs zu setzen, wurde im Herbst 2017 vom Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) gemeinsam mit lokalen und regionalen Zusammenschlüssen wie der Gemeinschaft der Regionen Europas (AER) oder der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) eine Allianz für Kohäsionspolitik, die sogenannte „CohesionAlliance“, gegründet. Hauptziel der Allianz ist es, die Kohäsionspolitik mittels des EU-Haushalts nach 2020 für alle Regionen in der Europäischen Union stärker, wirksamer, sichtbarer und zugänglicher zu machen. Damit soll unterstrichen werden, dass die Kohäsionspolitik auch weiterhin eine tragende Säule für die Zukunft der EU bleiben muss.

Die „CohesionAlliance“ hat aktuell rund 850 Mitglieder und zwar sowohl Einzelpersonen als auch Institutionen. Letztere sind u. a. nationale Regierungen, regionale und kommunale Gebietskörperschaften, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Schulen und Hochschulen sowie kulturelle Organisationen.

Auch für Rheinland-Pfalz spielt die Kohäsionspolitik eine bedeutsame Rolle, weshalb das Land im März 2018 seinen Beitritt zur „CohesionAlliance“ erklärt hat. Damit soll ein wirksames Signal – im Verbund mit anderen europäischen Regionen – für die Fortführung der Kohäsionspolitik in Europa gesetzt werden.

2. Der Landtag bekennt sich dazu, dass die Kohäsionspolitik:

- als langfristige Investitionspolitik für alle Regionen in Europa dazu beiträgt, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung auf lokaler und regionaler Ebene zu unterstützen, indem innovative Lösungen in Bereichen wie dem digitalen Wandel, dem Klimawandel, der Energiewende, der sozialen Eingliederung sowie der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit gefördert werden;
- als Ausdruck der europäischen Solidarität zur Überwindung des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen den Regionen mehr denn je gebraucht wird, da sie allen Unionsbürgern unabhängig von ihrem Wohnort eine konkrete Chance gibt, die Vorteile der Europäischen Union zu erfahren;
- besser kommuniziert und als bürgernahster EU-Politikbereich, der unmittelbare Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger hat, vermittelt werden muss;
- auch vor dem Hintergrund des Brexits und des Wegfalls eines Nettozahlers eine wirksame Politik mit ausreichenden Ressourcen bleiben muss, für die mindestens ein Drittel des künftigen EU-Haushalts über Finanzhilfen und ggf. Finanzinstrumente bereitgestellt wird;
- auf den bestehenden europäischen Struktur- und Investitionsfonds mit gemeinsamen Vorschriften beruhen muss;
- in allen Regionen, insbesondere auch den bisherigen Übergangs- und den stärker entwickelten Regionen, zur Verfügung stehen sollte. Das muss auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs gelten;
- eine Stärkung des Partnerschaftsprinzips und des ortsbezogenen Ansatzes erfordert. Hierzu muss die zentrale Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gestärkt werden, die diese bei der Umsetzung der Politik spielen, indem sie städtische und ländliche Gemeinschaften aktiv einbinden und Instrumente zur Initiierung und Unterstützung der lokalen Entwicklung durch integrierte Strategien fördern;
- unter gleichen Bedingungen besser mit anderen EU-Politikbereichen abgestimmt werden muss, indem die Besonderheiten der Kommunen, Städte und Regionen in der Europäischen Union berücksichtigt werden;
- nicht durch Auflagen auf europäischer Ebene belastet werden darf, auf deren Erfüllung die lokale und regionale Ebene sowie die übrigen Begünstigten keinerlei Einfluss haben. Die Länder sollten in die Verhandlungen zum Neuen Mehrjährigen Finanzrahmen regelmäßig einbezogen werden, weil sie die Verantwortung der Umsetzung der europäischen Kohäsionspolitik tragen;
- dahingehend gestaltet werden soll, dass die Regelungen zur Verwaltung und Kontrolle der EU-Strukturfonds vereinfacht werden, damit die Regionen und Akteure die notwendige Handlungsfreiheit haben, um ihre Innovations- und nachhaltigen Wachstumspotenziale vor Ort erschließen zu können;
- auf der Grundlage eines größeren Vertrauens zwischen den mit der Mittelausführung betrauten Regierungs- und Verwaltungsebenen und basierend auf einem flexibleren und differenzierteren Ansatz vereinfacht und optimiert werden muss.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
der CDU:
Martin Brandl

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer